Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Richard Ilge, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 152. **Halle, Freitag den 5. Juli 1918.** **2. Jahrgang.**

Das gleiche Wahlrecht endgültig abgelehnt.

Die Regierung schweigt.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Donnerstag in seiner vorläufig letzten Sitzung vor der Tagung die Beschlüsse, die es in der vierten Lesung zur Verfassungsreform gefaßt hat, bestätigt. Das Stimmenverhältnis war das gleiche wie in der vierten Lesung. Der Entwurf geht nun an das Herrenhaus. Die der Verabschiedung des Gesetzentwurfs vorangegangene Debatte war nur kurz; es sprachen nur Abg. Ströbel von den Unabhängigen, der sich allerdings weniger über die Wahlrechtsvorlage als über den Ostfrieden und den Friedensvertrag mit Rumänien aussprach, und Genosse Hue, der nochmals auf unsere grundsätzliche Stellung zur Wahlreform hinwies und eine schnelle Erledigung der Vorlage forderte. Hue erklärte, daß seine Freunde mit der gewaltigen Mehrheit des Volkes erwarten, daß die Regierung **unverzüglich zur Auflösung des Abgeordnetenhauses** schreite. Er ging dann auf die Art und Weise ein, wie man versucht hat, im Lande sogenannte Arbeiterstimmen zu fabrizieren. Man suche den Eindruck zu erwecken, als ob dahinter wirklich Arbeiter stehen, aber man möge derartige Machenschaften nicht ernst nehmen, denn es handle sich um von den Unternehmern ausgehaltene Sklaven. Das Abgeordnetenhaus habe das Gefühl des Volkes aufs äußerste verhöhnt, man möge die Stimmung im Volke nicht vergessen. Der Krieg ist noch nicht zu Ende, man möge es nicht zur Katastrophe treiben.

Sodann erteilte das Haus seine Zustimmung zu dem Antrage des Staatsministeriums auf Vertagung des Landtags. Die Vertagung umfaßt die Zeit vom 12. Juli bis 20. September mit der Maßgabe, daß während dieser Zeit die Verfassungskommission des Herrenhauses das Recht hat, zu arbeiten. Das Abgeordnetenhaus selbst wird aber wohl erst Mitte Oktober Sitzungen abhalten.

Von den übrigen Gegenständen, die sonst auf der Tagesordnung standen, verdient besondere Erwähnung der Antrag des Abg. Heß (Zentr.) über die Handhabung der Sammlung von getragenen Kleidern. Im Gegensatz zu den Rednern der bürgerlichen Parteien, die die Interessen der Besitzenden wahrnehmen und eine starke Entrüstung über die Zumutung der Reichsbekleidungsstelle zum Ausdruck brachten, nahm sich Genosse Leinert der Interessen der Arbeiter an, für die die Kleidungsstücke bestimmt sind. Er betonte nachdrücklich, daß niemand von denen, die sich gegen die Verordnung sträuben und die Arbeiter durch Vorenthaltung der nötigen Kleidungsstücke am Verrichten der Arbeit verhindern, ein Recht habe, einen etwaigen Streik von Arbeitern als Vaterlandsverrat zu bezeichnen.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

166. Sitzung, Donnerstag, den 4. Juli 1918, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Friedberg, Hergt.

Präsident Graf **Schwerin-Löwitz** widmet dem verstorbenen Sultan Nehmed V. einen Nachruf und seinem Nachfolger Begrüßungsworte.

Die fünfte Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Abg. **Ströbel** (U. Soz.): Wie die Vorlage jetzt aussieht, ist sie ein Hohn auf das Versprechen der Krone und eine unverfrorene Kriegserklärung an das Volk und an die Demokratie. Nur der Siegerwahnsinn unserer Reaktion erklärt solche Beschlüsse. Die Frühjahrsoffensive hat den erträumten Erfolg nicht gebracht, trotzdem sie uns **weit über 100 000 Tote gekostet** hat. Die zweite Offensive wird zweifellos noch größere Blutopfer kosten, und erst danach wird das Herrenhaus im Herbst in die Kommissionsberatung eintreten. Inzwischen sollen die feldgrauen Volksmassen noch einmal versuchen, durch Niederwerfung des äußeren Feindes auch den inneren Feind zur Strecke zu bringen. Aber bereits sind 8- bis 900 000 Amerikaner in Frankreich, so daß die Verluste der Entente ersetzt sind. Unsere Regierung hat schlecht prophezeit. Die Amerikaner werden zu Millionen kommen, wenn nicht endlich das deutsche Volk unsere Kriegstreiber und Eroberungspolitiker zum Teufel jagt. (Der Redner wird zur Sache gerufen.) Aber im Herbst wird der losbrechende Volkssturm doch die Auflösung erzwingen. Mit diesen Sicherungen ist das gleiche Wahlrecht nicht einen Pfifferling wert und mit diesem Herrenhaus ist das Wahlrecht der gröbste politische Schwindel. Ohne innere Demokratisierung kommt Deutschland nicht zum Frieden. Das Herrenhaus und diese ganze Regierung des Kompromisses und der reaktionären Hetzpolitik muß im Orkus verschwinden, die ganze Reaktion mit dem Exzreaktionär von Hertling an der Spitze, samt Herrn von Payer, diesem Feigenblatt des Militärabsolutismus. (Beifall b. d. U. Soz., Lachen b. d. Mehrheit.)

Abg. Hue (Soz.):

Das Volk erwartet schnelle Entscheidung und unverzügliche Auflösung des Hauses. (Heiterkeit rechts.) Zwischen der vierten und fünften Lesung hat man versucht sogenannte Arbeiterstimmen zu fabrizieren, um den Eindruck hervorzurufen, als ob eine nennenswerte Zahl von Arbeitern und Angestellten sich mit dem Pluralwahlrecht abgefunden hätte. Ich warne vor dieser Täuschung. Diese Arbeiterstimmen sind nichts anderes als Erklärungen der gelben Gewerkvereine, der von den Unternehmern gegründeten und ausgehaltenen, mit Sklavengesinnung behafteten Arbeiter. **Die ganze übrige Arbeiter- und Angestelltenschaft fordert das gleiche Wahlrecht.** Dieses aber bringt nicht einmal die Regierungsvorlage, die das Wahlalter erhöhte, die Wohnsitzdauer verlängerte, das Herrenhaus bestehen ließ und an der außerordentlichen Ungleichheit der Wahlkreise festhielt. Das Kompromiß, das sie beschlossen haben ist, nach christlichen Arbeiterzeitungen, eine brutale Volksverhöhnung. Nach den Gewerbeinspektionsberichten stirbt die große Mehrheit der Arbeiter und Angestellten weit unter 50 Jahren, erreicht also diese Zusatzstimme gar nicht. Zum Lohn für das frühe Sterben wollen Sie die Arbeiter auch noch politisch entrechten. Sie verlängern die Wohnsitzdauer auf zwei Jahre, obgleich ungeheure Massenwanderungen nach dem Kriege in der Industrie zu erwarten sind. Angesichts all dieser Machenschaften brauchen Sie sich nicht wundern, daß der furchtbare Gedanke immer tiefer sich in unser Volk frißt: **Wenn wirklich ein großer Sieg erfochten wird, werden wir politisch entrechtet. Durch die bohnvolle Verschandelung der Wahlrechtsvorlage ist eine ungeheure Kluft in unserem Volke aufgerissen worden.** Statt auf die Stimmung des Volkes Rücksicht zu nehmen, die sich immer mehr der Verzweiflung zuwendet, gehen Sie rücksichtslos über diese Stimmung hinweg und reden noch obendrein von Landesverrat, wenn Ausbrüche der Verzweiflung und Erbitterung laut werden. Der innere Feind bei uns, das sind die reaktionären Feinde des gleichen Wahlrechts. Bei der Herrenhausvorlage haben Sie über 80 Proz. unserer kleinen Landwirte von der Vertretung im Herrenhause ausgeschlossen, den Kriegsgewinnlern und Wucherern aber machen Sie eine Zugabe von 1 bis 2 Stimmen! Den Kriegsteilnehmern haben Sie einen Fußtritt versetzt, gegen die Polen haben Sie das Ausnahmegesetz der Verhältniswahl nur für die Ostmark gemacht. Die Volksausbeuter kommen in die oberste Klasse, der arme Arbeiter in die unterste. Er kann nicht mitreden wie die Kriegsgewinnler und Wucherer und die Heimkrieger, die das Maul aufreißen und den Krieg verlängern. Die Unterbeamten weisen die Zusatzstimme ab.

Sie belasten die Geduld des Volkes auf das äußerste. (Sehr wahr! b. d. Soz.) **Wer die Ernährungsschwierigkeiten kennt und sich darüber im Klaren ist, daß, wenn der rein militärische Gedanke siegen soll, wir dann noch Jahre lang Krieg haben werden, der kann sich die Stimmung im Volke denken!** Selbst unter den katholischen Arbeitern gärt es schon. **Die Sicherungsanträge, die von den gewiß guten Katholiken Hertling und Spahn nicht für notwendig gehalten werden,** sind nur ein Deckmantel für Ihren Haß gegen das Volksrecht. Die Arbeiter und Angestellten, auch die Christlich-Nationalen weisen sie zurück. Der Landtag für sie bedeutet und sie erklären: **das gleiche Wahlrecht muß kommen, sonst werden sie es erzwingen.** Es kann nicht so weiter gehen, daß Preußen als ein versteinertes Ueberbleibsel aus dem Mittelalter dasteht. Es gibt stärkere Mittel und Mächte als Bajonette. Es gibt Mittel in der Hand des Volkes, die diesem gestatten, sein Naturrecht zu erzwingen. Hüten Sie sich in letzter Stunde, die Verhöhnung der Gefühle des Volkes zum Aeußersten zu treiben. Ich warne auch die Regierung, die Belastungsprobe noch weiter zu treiben. **Lösen Sie auf, je rascher, desto besser.** (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Damit schließt die allgemeine Besprechung.

Abg. Dr. **Porsch** (Zentr.) beantragt, über jeden der drei Gesetzentwürfe im ganzen abzustimmen.

Die drei Gesetze werden gegen die Stimmen der Mehrheit des Zentrums, eines Teils der Nationalliberalen, der Fortschrittler, Polen, Sozialdemokraten und Dänen, ebenso in der Gesamtabstimmung in der Fassung der vierten Lesung angenommen. (Rufe links: **Und die Regierung? Die Regierung schweigt.** Lachen rechts.)

Darauf wird die tags zuvor abgebrochene Besprechung des Antrags Heß (Zentr.) über die Abgabe getragener Männerkleider fortgesetzt.

In der Debatte begründet Abg. Paul **Hoffmann** (U. Soz.) einen Antrag, wonach diejenigen, die ein Einkommen von weniger als 4000 Mark haben, von der Kleiderabgabe befreit sind.

Ein Vertreter der Reichsbekleidungsstelle verspricht, den vorgebrachten Klagen nachzugehen. Bei der Prüfung zahlreicher in der Presse erwähnter Fälle sei das Ergebnis negativ gewesen. Irgend ein Grund zum Mißtrauen gegen die Reichsbekleidungsstelle liege nicht vor. Der von Geheimrat Deutler in seinem Vortrag am letzten Montag in Berlin zum Ausdruck gebrachte Optimismus bezüglich der Ersatzstoffe wird noch durch den Optimismus der Kriegsrohstoffabteilung übertroffen. Die Kriegsrohstoffabteilung hofft, in nicht allzu ferner Zeit Rohstoffe zur Verfügung stellen zu können, die den dringenden Bedarf der Bevölkerung für die weitere Dauer des Krieges und darüber hinaus decken und uns vom Auslande unabhängig machen werden.

Der Antrag Heß wird zusammen mit dem Antrag Hoffmann angenommen.

Dem Vertagungsantrag der Staatsregierung (vom 12. Juli bis zum 20. September) wird zugestimmt.

Ein Antrag **Clemens** (Kons.) auf Zuweisung von Schuhwaren an die kleinen Schuhmachermeister, die den Jahresumsatz von 3000 M. nicht erzielt haben, wird nach kurzer Besprechung einstimmig angenommen. Eine Anzahl Petitionen wird erledigt. Ein Teilbericht des Ausschusses für Bevölkerungspolitik wird zur Kenntnis genommen, die Vorschläge des Gesetzesordnungsausschusses auf Verdeutschung von Fremdwörtern der Geschäftssprache des Hauses werden angenommen, ebenso ein Antrag von Heydebrand (Kons.) und Genossen, der Erhebungen über die Verteilung des Besitzes in den Ostmarken verlangt.

Präsident Graf von **Schwerin-Löwitz** erbittet und erhält die Ermächtigung, Zeit und Tagesordnung der ersten Sitzung nach der Vertagung festzustellen. Er wünscht allen Abgeordneten gute Erholung und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß man beim Wiedersehen im Herbst dem Ziel eines siegreichen deutschen Friedens ein gutes Stück nähergekommen sein werde.

Schluß 5½ Uhr.

Die Nationalliberalen der Provinz Sachsen und das gleiche Wahlrecht.

Der Vertretertag der nationalliberalen Partei der Provinz Sachsen war am 1. und 2. Juli in Magdeburg in neue Besprechungen eingetreten über mehrere, durch den Verlauf der Wahlrechtsreform für die Partei von besonderer Bedeutung gewordene Fragen. Als Niederschlag der herrschenden Stimmung gelangte folgende Entschließung einstimmig zur Annahme:

> Der Vertretertag der nationalliberalen Partei der Provinz Sachsen steht nach wie vor gemäß den Beschlüssen des Zentralverbandes und des Preußentages **auf dem Boden des gleichen Wahlrechts.**
>
> Der Vertretertag erachtet es für unerläßlich, daß die Partei in den kommenden Wahlkampf geschlossen eintritt. Er erklärt es daher für eine selbstverständliche Forderung, daß von unserer Provinzialorganisation nur solche Kandidaten der nationalliberalen Partei aufgestellt werden, die für **das gleiche Wahlrecht eintreten** entschlossen sind.

Der Vertretertag hat sich mit seiner Entschließung sehr entschieden gegen die Nationalliberalen gewendet, die im Abgeordnetenhause gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt haben. Er will auch für die kommenden Wahlen nur Anhänger des gleichen Wahlrechts unterstützen. Leider hat er unterlassen, auch die **sofortige Auflösung des Dreiklassenparlaments zu fordern.**

Vertagung des Kühlmann-Prozesses.

Im Prozeß Kühlmann, dessen Verhandlung am Donnerstag vor der 7. Strafkammer des Landgerichts **Berlin** I begann, beschloß das Gericht, für die Dauer der Verhandlung die Oeffentlichkeit auszuschließen, da eine öffentliche Verhandlung eine Gefährdung der Staatssicherheit befürchten lasse. Nur drei Beauftragten des Reichskanzlers wurde die Anwesenheit gestattet.

Von den Angeklagten wurde in zwei umfangreichen Schriften ein umfassender Beweisantrag gestellt. **Das Gericht beschloß deshalb, die Verhandlung zu vertagen und zu dem neu anzuberaumenden Verhandlungstermine außer den geladenen Personen eine Reihe weiterer Zeugen zu laden.** Der ebenfalls als Zeuge neugenannte frühere rumänische Ministerpräsident Carp wird kommissarisch vernommen werden.

Oesterreichischer Heeresbericht.

wtb. Wien, 4. Juli. Amtlich wird gemeldet:

Der Geschützkampf ist an zahlreichen Abschnitten der Südwestfront außerordentlich rege. Bei Asiago und dem Monte Sisemol scheiterten englische Stoßtruppenunternehmen. Im Mündungsgebiet der Piave dauern die Kämpfe an.

Der Chef des Generalstabes.

Italienischer Bericht vom 3. Juli. Am Unterlauf der Piave haben wir gestern eine Reihe kräftiger Vorstöße gemacht und trotz erbitterten Widerstandes des Feindes, welcher alle Vorteile des überschwemmten Gebietes auszunutzen suchte, Gelände gewonnen. Wir nahmen ungefähr 1900 Mann, darunter 45 Offiziere, gefangen, und erbeuteten zahlreiche Maschinengewehre, Grabenmörser und verschiedenes Gerät. In der Gegend nordwestlich vom Monte Grappa hielten wir einem feindlichen Gegenangriff tapfer stand. Am Eingang des San Lorenzotales richteten sich die tapferen Truppen des 9. Korps in den Stellungen ein, die sie gestern mit großem Schwung erobert hatten. Die Gesamtzahl der Gefangenen beläuft sich auf 25 Offiziere und 596 Mann, außerdem erbeuteten wir 22 Maschinengewehre und viel Kriegsgerät. Auf der Hochfläche von Schlegen brachten französische Abteilungen einige Gefangene von einem glänzend ausgeführten Handstreich in der Gegend von Zocci ein. In den Kämpfen der letzten Tage auf dem Monte Val Bella hatte die Brigade Regina (9. und 10. Regiment) Gelegenheit, noch einmal ihre unerschütterliche Widerstandskraft und ihre große Tapferkeit zu zeigen. Das Verhalten des 45. Infanterie-Regiments (Brigade Reggio) am 15. und 16. Juni auf dem Montello wurde als glänzend genug anerkannt, um dem tapferen Regiment die Ehre einer besonderen Erwähnung zu gewähren.

Der Krieg zur See.

Berlin, 4. Juli. Amtlich. Unsere U-Boote haben auf dem nördlichen Kriegsschauplatz neuerdings 15 500 Br.-R.-T. feindlichen Handelsschiffsraumes vernichtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Englische Hindernisse einer irischen Adresse nach Amerika.

Bekanntlich richtete die aus Nationalisten, Sinnfeiern und Anhängern der Arbeiterpartei bestehende Konferenz der Dienstpflichtgegner in Dublin vor einiger Zeit eine Adresse an Wilson, worin derselbe gebeten wird, zugunsten Irlands in London zu vermitteln. Der Bürgermeister von Dublin sollte diese Adresse nach Amerika bringen und Wilson persönlich überreichen. Wie sich jetzt herausstellt, machte indessen das britische Außenamt die Erteilung des Reisepasses von der Bedingung abhängig, daß zuvor die fragliche Adresse dem Londoner Französischen Botschafter im Londoner Amt einem an letzten gerichteten Schreiben, dessen Wortlaut der Dubliner Berichterstatter der Times mitteilt. Dieses Schreiben, welches den Sachverhalt eingehend darlegt, betont, daß die von der englischen Regierung gestellte Bedingung durch keine gesetzliche Bestimmung gerechtfertigt werde, da aber die Entscheidung des Außenamtes es dem Bürgermeister unmöglich mache, dem Präsidenten persönlich die Adresse zu überreichen, so übergabe er sie hiermit der Botschaft, die ja einen Teil Amerikas darstelle mit der Bitte um Beförderung im Depeschensack. Das Schreiben schließt mit der Bemerkung, daß die Adresse am 4. Juli, wo sie Washington erreicht haben könnte, in Irland veröffentlicht werde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180705-10/fragment/page=0001

Reichstag.

168. Sitzung, Donnerstag, 4. Juli, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Kühlmann.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des rumänischen Friedensvertrages.

Oberst v. Frantzecki ergänzt seine gestrigen Mitteilungen über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Rumänien.

Abg. **Noske** (Soz.):

Der rumänische Friedensvertrag legt den Rumänen teilweise harte Bedingungen auf. Aber die Männer, die jetzt Rumäniens Schicksal leiten, hoffen, durch diese Verträge ihr Volk zu Glück und Wohlstand führen zu können. Das rumänische Parlament hat den Friedensvertrag mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Deshalb stimmen auch wir, trotz mancher Bedenken in der unbefriedigend gelösten Dobrudschafrage und gegen die Grenzkorrekturen, dem Vertrage zu. Wir verkennen seine Härten nicht; aber wir können es nicht verantworten, deswegen den Friedensvertrag abzulehnen und Gefahr zu laufen, daß wieder der Kriegszustand eintritt. Man darf auch schließlich nicht vergessen, mit welcher Frivolität Rumänien in den Krieg eingetreten ist. Damals hat es alle Verträge gebrochen, das vorausbezahlte Geld behalten, die zugesagten Waren — Brot und Petroleum — nicht geliefert, eine ganze Menge deutscher Eisenbahnwagen und Schiffe zurückbehalten. Selbstverständlich muß es diesen Schaden jetzt wieder gutmachen. Das deutsche Volk denkt gar nicht daran, noch

eine besondere Geldprämie für den Bruch von Bündnisverträgen

zu zahlen. Rumänien muß zurückgeben, was es uns unter schmählichem Vertragsbruch gestohlen hat. (Zustimmung.) Es muß darüber hinaus eine ganze Anzahl Verpflichtungen auf sich nehmen, und die Meinungen darüber sind geteilt, ob wir ihnen zuviel zumuten oder ob noch mehr hätte gefordert werden sollen. Widerspruch ist erhoben worden gegen die Verpflichtung Rumäniens, den Juden die staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu geben. Darin liegt zweifellos eine Einmischung, aber Rumänien hatte sich bereits im Berliner Vertrag von 1878 dazu verpflichtet. Die Parteien, welche der Regierung vorwerfen, sich in der Judenfrage unberechtigt in innere Angelegenheiten Rumäniens eingemischt zu haben, hätten in der Königsfrage die stärkste Einmischung gebilligt und gewünscht. Wir sind durchaus damit einverstanden, daß die Regierung sich hierin ganz passiv verhalten hat. Wir würden es durchaus begreifen, wenn die Rumänen ihren König zum Teufel jagen; aber der deutsche Soldat soll den Rumänen einen König weder nehmen noch bringen. (Sehr gut!)

Das Hauptgewicht legen wir auf die wirtschaftlichen Abmachungen. Wir haben wiederholt gefordert, daß das Petroleummonopol nicht einzelne Banken bereichert, sondern daß eine ausreichende Gewinnbeteiligung des Reiches unter allen Umständen gesichert wird. Das Recht auf fortdauernde Requirierung von Lebensmitteln betrachten wir als eine wirtschaftliche Sicherheitsmaßregel gegen die Erdrosselungsabsichten der Entente. Man mag deren Drohungen für übertrieben halten, mag glauben, daß sie sie selbst beim besten Willen nicht durchführen kann, aber es wäre leichtfertig, wenn Deutschland seinen Volksbedarf nicht für alle Fälle sichern wollte, während noch eine Uebermacht von Feinden es mit Vernichtung bedroht. (Sehr wahr!)

Wir werden also den Verträgen unsere Zustimmung erteilen. Ihre dauernde Wirkung wird abhängen von dem großen allgemeinen Friedensschluß. Die deutsche Sozialdemokratie wird es nie daran fehlen lassen, auf die notwendige Völkerverständigung hinzuwirken, damit harte Friedensverträge dann nicht mehr notwendig sind. (Bravo b. d. Soz.)

Abg. **Gothein** (Vp.) warnt vor Ueberschätzung des Petroleumabkommens. Es wäre ganz verfehlt, daraus Riesengewinne für Deutschland zu erwarten. Nach Wiederkehr normaler Verhältnisse werden wir unseren Bedarf an mineralischen Oelen besser wieder aus Amerika decken. Der Redner polemisiert gegen die abfälligen Aeußerungen des Grafen Praschma über die rumänischen Juden. Ein Volk, das so entrechtet war und so gelitten hat, kann keine große Anhänglichkeit an sein Land haben. Redner schließt mit der Hoffnung, daß die alten freundschaftlichen Beziehungen zu Rumänien wiederkehren mögen.

Abg. **Ahlers** (Wilde): Das empörte deutsche Gerechtigkeitsgefühl hat in diesen Verträgen keine Befriedigung gefunden. Auch die Interessen der deutschen Kolonisten in Bessarabien sind nicht sichergestellt. Wir brauchen eine geschlossene deutsche Kolonie am Schwarzen Meer oder an der Donaumündung. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Cohn** (U. Soz.) greift einige Bestimmungen des Friedensvertrags mit Rumänien an, da sie verkappte Kontributionen darstellen. Diesen Friedensvertrag lehnen wir ab, er ist nicht ein Akt der Notwehr, wie Abg. Noske es darstellte, sondern verbrämter aber auch unverhüllter Raub. (Präsident Fehrenbach rügt diesen Ausdruck als unzulässig.) Unser Auswärtiges Amt treibt nicht selbständig Politik, sondern fügt sich dem Druck des Militärs. Im Osten rücken unsere Truppen trotz des Friedensschlusses weiter vor. Unser Ziel ist offen in einem Artikel der „Bossischen Zeitung" dargelegt worden: weil wir selbst im Falle des Sieges im Westen England und Amerika nicht zwingen können, uns Rohstoffe zu liefern, müssen wir die Rohstofflieferanten im Osten bis Indien hin wirtschaftlich beherrschen. (Zuruf rechts: Sehr vernünftig!) Wir verurteilen diese Gewaltpolitik, die Rußland gegenüber trotz des Friedensschlusses fortgesetzt wird. (Beifall b. d. U. Soz.)

Staatssekretär **v. Kühlmann**: Ueber die Demarkationslinien im Osten stehen wir in Verhandlungen; wir suchen diese Fragen schiedlich zu lösen. Ueber den Feldzug nach Indien, der nach dem Vorredner sehr verheißungsvoll für unsere Fleischversorgung wäre, muß ich bemerken, daß er keinen Teil unserer auswärtigen Politik bildet. (Heiterkeit.)

Abg. **Haase** (U. Soz.): Unser Parteigenosse Winter ist widerrechtlich, obwohl er sich noch auf holländischem Gebiet befand, von einer deutschen Grenzwache festgenommen worden und wird widerrechtlich festgehalten. Es sind deutsche Agenten an ihn herangetreten, um ihm Unterstützung für die von ihm in Holland herausgegebene revolutionäre Zeitschrift „Der Kampf" und ihre Verbreitung in Deutschland anzubieten. (Hört! hört! bei den U. Soz.) Es besteht die Vermutung, daß gegen ihn vorgegangen ist, weil er auf diese unsauberen Machenschaften nicht eingegangen ist. Einen Rechtsbeistand zu nehmen hat man dem Minister verweigert, angeblich weil er Amerikaner ist; gleichzeitig aber verweigert man ihm, sich an die amerikanischen Behörden in Bern zu wenden, weil seine amerikanische Staatsangehörigkeit nicht feststeht. Wir protestieren gegen diese Methoden. (Beifall bei den U. Soz.)

Die Aussprache schließt. Der Etat des Auswärtigen Amts wird angenommen, desgleichen der Friedensvertrag mit Rumänien mit den Zusatzanträgen.

Es folgt die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern.

Abg. **Hähnle** (Vp.) bittet um Unterstützung des deutschen Auslandsmuseums in Stuttgart.

Abg. **Haase** (U. Soz.) führt Beschwerde, daß die „Leipziger Volkszeitung" seit vier Wochen bereits unter Vorzensur stehe. Das stellvertretende Generalkommando des 19. Armeekorps richtet sich in keiner Weise nach den Beschlüssen des Reichstages und den Zusagen, die die Regierung dem Reichstag gemacht hat.

Staatssekretär des Reichsamts des Innern Wallraf: Das deutsche Auslandsmuseum in Stuttgart untersteht dem Reichswirtschaftsamt, ich will die Anregung des Abg. Hähnle dort gern empfehlen. Dem Abg. Haase bemerke ich, daß ein auch hier im Hause bekannter Sozialdemokrat in einer Versammlung gesagt hat: Wenn unsere französischen Genossen Ausführungen machen würden, wie wir sie gehört haben, kämen sie überhaupt nicht mehr aus dem Gefängnis heraus. (Zuruf b. d. U. Soz.: Wer hat das gesagt?)

Der Etat wird bewilligt.

Beim Etat des Reichswirtschaftsamts führt Abg. **Bell** (Zentr.) aus, die Generalkommandos möchten sich nicht mit der Regelung von Mietsteigerungen beschäftigen, derartige Dinge müßten ihrer Zuständigkeit entzogen werden. Bei den Verordnungen über Niederabnahme müsse man sich vor jeder Schablonisierung hüten. Der Redner begründet dann eine Resolution, die verlangt, die Durchführung der Beschlagnahme der Sparmetalle aussetzen, bis die Sparmetalle, besonders Türklinken und Fenstergriffe, aus allen öffentlichen Gebäuden abgeliefert sind und bis für Ersatz und spätere kostenfreie Wiederherstellung des jetzigen Zustandes gesorgt ist.

Abg. **Rießer** (Natl.) bittet, den deutschen Nordseebädern zu helfen. In der Uebergangswirtschaft muß dem freien Handel wieder ein weiter Spielraum eingeräumt werden. Redner kritisiert das Uebermaß von Verordnungen.

Ein Regierungsvertreter sucht die vom Abg. Rießer angegriffene Verordnung über die Regelung der Textilindustrie zu rechtfertigen.

Abg. **Arendt** (D. Frakt.): Die gesamte Bevölkerung, die industrielle sowohl wie die landwirtschaftliche, wünscht im Frieden sobald als möglich aus der Zwangsorganisation herauszukommen. Des weiteren tritt der Redner für einen Schutz der Hausbesitzer gegen Verfügungen des Generalkommandos ein.

Oberst Koch sagt zu, daß die öffentlichen Gebäude im Sinne des Antrags Arendt-Bell zu der Lieferung der Sparmetalle herangezogen werden sollen. Den Hausbesitzern soll durch die Beschlagnahme der Tür- und Fensterklinken kein Schaden entstehen.

Abg. Dr. **Junck** (Natl.): Die Verordnung über die Textilindustrie fällt nicht unter das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914. Die Regierung hätte sich wegen dieser Frage mit dem Reichstag ins Benehmen setzen müssen.

Abg. **Dove** (Freis. Vp.) schließt sich dieser Auffassung an.

Abg. **Noske** (Soz.) stimmt der Auffassung der Vorredner zu. Für die Uebergangszeit soll ein neues Ermächtigungsgesetz unbedingt notwendig sein.

Die weiteren Verhandlungen ziehen sich bis in die späten Abendstunden hin. Fortsetzung der Debatte am Freitag.

Tschitscherin gegen die Entente.

Moskau, 30. Juni. Nach einer **Meldung der Moskauer Zeitung** Swobodna Rossij hat Tschitscherin folgende Note an den englischen Vertreter gerichtet:

Nach dem Willen des arbeitenden Volkes, das sich seiner Interessen-Einheit und Solidarität mit den Arbeitermassen der ganzen Welt bewußt ist, hat die Russische Sozialistische Föderative Rätesrepublik die Reihen der kämpfenden Mächte verlassen und hat den Kriegszustand aufgegeben, dessen fernere Andauer die innere Lage Rußlands ihr unmöglich machte.

Das Arbeitsvolk Rußlands und die seinen Willen ausführende Regierung der Arbeiter und Bauern trachtet nur danach, in Frieden und Freundschaft mit allen übrigen Völkern zu leben. Keinem einzigen Volke droht das Arbeitsvolk Rußlands mit Krieg und keinerlei Gefahr kann von seiner Seite Groß-Britannien drohen. Mit um so größerer Entschiedenheit muß die Arbeiter- und Bauern-Regierung Rußlands gegen den durch keinerlei agressive Handlung russischerseits hervorgerufenen Einbruch englischer bewaffneter Truppen protestieren, die soeben erst am Murman gelandet sind.

Das Volks-Kommissariat des Aeußeren besteht in aller entschiedenster Weise darauf, daß in Murmansk, einer Stadt des neutralen Rußlands, sich keine bewaffneten Streitkräfte Groß-Britannniens oder irgendeiner anderen fremdländischen Macht aufhalten, und indem es noch einmal seinen schon mehrfach vorgebrachten Protest gegen die Anwesenheit englischer Kriegsschiffe im Murmaner Hafen wiederholt und gleichzeitig die bestimmte Erwartung ausspricht, daß die großbritannische Regierung ihre, der Internationalen Lage Rußlands widersprechende Maßnahme zurücknimmt, und daß das Arbeitervolk Rußlands, das den besten Wunsch hegt, in ungestörten freundschaftlichen Beziehungen mit Groß-Britannnien zu verbleiben, nicht gegen seinen Willen in eine Lage gedrängt wird, die seinem alleraufrichtigsten Bestreben nicht entspricht."

Den Streitkräften der Russischen Republik ist der Schutz des Murman-Gebiets gegen jeden fremdländischen Einbruch auferlegt und diese ihre Pflicht werden die Rats-Truppen unweigerlich erfüllen, und bis zuletzt ihren Revolutions-Pflichten zum Schutze des Rats-Rußlands nachkommen.

Einbruch in das Palais der deutschen Botschaft in Rom.

Berlin, 4. Juli. Am 24. Juni, abends 8 Uhr, versammelten sich ungefähr 200 Menschen vor dem Botschaftspalais, erbrachen mit Gewalt die Tür und drangen in die Botschaft ein. In verschiedenen Räumen wurde das Mobiliar umgeworfen, Bücher wurden zerrissen und Schubladen geöffnet. Auch drei große Bilder der kaiserlichen Familie und verschiedene Kunstgegenstände wurden vernichtet. Sämtliche Gegenstände sind verschwunden. Besonders bezeichnend erscheint es bei diesem Zwischenfall, daß die Polizei viel zu spät einschritt und den Pöbel gewähren ließ. Der schweizerische Gesandte in Rom ist unverzüglich bei der italienischen Regierung vorstellig geworden und hat sich der Angelegenheit in dankenswerter Weise angenommen. Wie es heißt, wurde der zuständige Polizeikommissar, der die Schuld an dem zu späten Eingreifen der Polizei trägt, seines Grades enthoben und seiner Besoldung für verlustig erklärt.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die Einbeziehung der Angestellten in die Arbeitskammer.

Die Arbeitskammerkommission des Reichstags erörterte in der Sitzung am 4. Juli die Einbeziehung der Angestellten in die Arbeitskammern. Abg. Wissell begründete eingehend diese Einbeziehung. Der Angestellte sei auf Grund der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse genau so abhängig wie der Arbeiter. Jede persönliche Beziehung zu dem Arbeitgeber sei gelöst. Im Rahmen des jetzt zur Beratung stehenden Entwurfs sei den Angestellten eine Interessenvertretung zu schaffen. Man könne sie nicht vertrösten auf ein zukünftiges Gesetz. Die Sozialgesetzgebung sei einseitig zu gestalten, gerade in den hier in Betracht kommenden Fragen, in denen die Interessen der Arbeiter und Angestellten ganz gleichlautend seien. Ein Regierungskommissar gab bekannt, daß ein Entwurf für eine Interessenvertretung der Angestellten fertiggestellt, aber der Verbündeten Regierung noch nicht vorgelegt sei. Abg. Behrens tritt für die Einbeziehung der Angestellten ein, ebenso Abgg. Wiemer und Hüllmann. Die Regierung und die Abgg. Wildgrube und Zimmermann halten die Schaffung eines besonderen Gesetzes für zweckmäßiger. Nach langer Beratung wurde die Einbeziehung der Angestellten in das Arbeitskammergesetz abgelehnt und ebenso auch ein Antrag Behrens für die nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtigen Angestellten und deren Arbeitgeber besondere Arbeitskammern zu errichten. Lediglich die Arbeitervertreter der Kommission stimmten zugunsten der Einbeziehung der Angestellten, sonst stimmten alle Kommissionsmitglieder geschlossen dagegen.

Die Verhältniswahl in großen Wahlkreisen.

Der Verfassungsausschuß des Reichstages hat über seine Beratung des Gesetzentwurfs über eine anderweite Zusammensetzung des Reichstages und die Verhältniswahl in einigen großen Kreisen soeben einen gedruckten Bericht erstattet. Es ist daraus ersichtlich, daß ein Antrag auf Neuabgrenzung einer Anzahl Reichstagswahlkreise mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Ueberhaupt sprach sich der Vertreter der Regierung dagegen aus, daß aus der jetzigen Vorlage heute oder in absehbarer Zeit irgendwelche Folgerungen für die übrigen Teile des Reiches gezogen werden. Trotzdem wurde eine Ergänzung der Vorlage dahin vorgenommen, daß in Wahlkreisen, die nach den beiden letzten Volkszählungen mehr als 300 000 Einwohner zählen, bei der folgenden Wahl für jede weiteren angefangenen 200 000 Einwohner je ein neuer Abgeordneter hinzutritt. Die Abgeordneten dieser Kreise sind dann nach der Verhältniswahl zu wählen. Weiter wurde beschlossen, daß jeder Wahlvorschlag von mindestens 80 Wählern zu unterschreiben ist und jeder vorgeschlagene Kandidat seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag abzugeben hat. Die Namen auf den Stimmzetteln dürfen nur den öffentlich bekannt gegebenen Wahlvorschlägen entnommen sein. Die Einzelvorschriften sind durch eine Wahlordnung zu regeln, zu der aber der Reichstag seine Zustimmung zu geben hat. Der Regierungsvertreter hielt es für fraglich, ob der Bundesrat, der in dieser Ausgestaltung des Gesetzentwurfs liegenden automatischen Vermehrung der Wahlkreise mit Verhältniswahl und der Abgeordneten zustimmen werde.

Oberschiebungen.

Die Nordbayerische Zeitung wird „von sehr geschätzter Seite" darauf aufmerksam gemacht, daß auch jetzt noch Getreide unregelmäßig über die bayerische Grenze geschoben wird. Aus dem Bezirksamt Ochsenfurt seien von einem Lagerhause drei Waggons Gerste 1912er Ernte nach dem Saargebiet verschoben worden, und zwar unter falscher Deklaration als Thomasmehl. Daß Thomasmehl von Bayern nach dem Saargebiete, einem der größten Produktionsgebiete von Thomasmehl, geliefert werde, müsse doch von vornherein unglaublich erscheinen. Diese Schiebereien seien um so frecher, als voriges Jahr wegen der Malzschiebungen „die Oeffentlichkeit so stark alarmiert wurde". Durch Gerstenschiebungen werde die Ernährung des bayerischen Volkes beeinträchtigt; um so verwunderlicher sei es, daß von den Behörden die Sache „stillschweigend behandelt" wird. „Verwunderlich" ist daran, so meint die Fränk. Tagespost, in Wirklichkeit nur, daß man so naiv sein kann, von „den Behörden" ein anderes Verfahren zu erwarten. Auch bei den Malzschiebereien hat man es zuerst mit dem Vertuschungssystem probiert, bis die sozialdemokratische Presse Dampf dahinter machte. Wenn die „sehr geschätzte Seite" die sozialdemokratische Presse verfolgt hätte, so könnte sie wissen, daß diese längst auf die umfangreichen Gerstenschiebungen aufmerksam gemacht hat, an denen auch Großbauern und Malzfabriken beteiligt waren.

Oesterreich-Ungarn.

Die Polen lehnen ab.

Wien, 4. Juli. Wie die Blätter melden, wurde der Obmann des Polenklubs Dr. Tertil gestern von dem Ministerpräsidenten v. Seidler zu einer Besprechung eingeladen, die der Aufklärung über die Frage der Zweiteilung Galiziens gelten sollte. Tertil lehnte jedoch die Einladung ab. Wie es heißt, hat die parlamentarische Kommission des Polenklubs in einer gestern nachmittag abgehaltenen Sitzung die Haltung des Obmannes gebilligt.

Türkei.

Der Sultan gestorben.

Wien, 4. Juli. Nach einer hier aus Konstantinopel eingegangenen Meldung ist der Sultan gestern um 7 Uhr abends verschieden.

Holland.

Kammerwahlen. — Demission des Kabinetts.

Amsterdam, 4. Juli. Die Wahlen haben nicht das von ihnen erwartete Ergebnis einer konservativ-klerikalen Mehrheit gehabt. Die katholische Partei ist zwar von 25 auf 30 Sitze in der Kammer gekommen, die Antirevolutionären von 11 auf 13. Rechnet man jedoch die drei konservativ-klerikalen Parteien, die Katholiken, die Antirevolutionären und die christlich-historische Partei, zusammen, so erhalten sie nicht mehr als 50 Sitze. Eine entscheidende Niederlage bedeutet das Wahlergebnis für die beiden liberalen Parteien, die die Hauptstütze des Ministeriums Cort van der Linden waren. Die liberalen Unionisten und die Frei-Liberalen hatten zusammen 31 Sitze. Jetzt verfügen sie nur über 10. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird 7 Abgeordnete mehr in die neue Kammer schicken, im ganzen 22. Die sozialdemokratische Partei und die sozialistische Partei, die bisher nicht in der Kammer vertreten waren, haben die erstere zwei, die letztere einen Sitz erhalten. Acht Abgeordnete werden jeder eine besondere Partei, das heißt eine Interessengruppe, vertreten. Vorläufig stehen sich also die Parteien der Linken und der Rechten gleich stark gegenüber.

Bei den Wahlen für die Zweite Kammer wurde zum ersten Male auch ein weiblicher Abgeordneter, Frau Gronneweg (sozialdemokratische Arbeiterpartei), gewählt.

Das Ministerium hatte schon vor der Wahl seine Demission eingereicht. Die Königin hat das Gesuch zur Kenntnis genommen und das Ministerium beauftragt, einstweilen die Geschäfte weiterzuführen. Es wird mit der Bildung eines Koalitionsministeriums gerechnet, in dem auch die Sozialisten vertreten sein dürften.

Aus aller Welt.

Explosionskatastrophe in England. Haag, 4. Juli. Aus London wird amtlich gemeldet: In der Nacht zum 1. Juli hat eine heftige Explosion in einer Munitionsfabrik inmitten Englands stattgefunden. Etwa 76 Personen sind getötet. Die Zahl der Verwundeten ist unbekannt. Man glaubt, daß die Erzeugung nicht erheblich zurückgehen wird.

London, 3. Juli. (Reuter.) Der Parlamentssekretär des Munitionsministeriums, Kolloway, teilte im Unterhause mit: Man glaubt, daß die Zahl der bei der Munitionsexplosion in Middlands tödlich Verunglückten hundert erreichen wird. Verwundet wurden über 100 Personen. Die Arbeit wurde schon wieder aufgenommen.

Die spanische Krankheit in England. Haag, 3. Juli. Nach einer Meldung des Nieuwe Courant aus London griff auch in England die spanische Krankheit stark um sich. Es besteht die Gefahr, daß bei anfänglicher Bernachlässigung Komplikationen in Form von Broncho-pneumonie und Meningitis eintreten. In der Industrie, namentlich in Birmingham, besteht die Gefahr eines ernstlichen Mangels an Arbeitskräften. Die Zahl der Todesfälle hat zugenommen.

Großer Brandschaden in Frankreich. Genf, 4. Juli. Das bedeutende Materiallager des 15. französischen Armeekorps in einer Vorstadt von Orleans ist niedergebrannt. Petit Parisien beziffert den Schaden auf mehrere Millionen Mark.

Ueber die Getreideschiebungen in Minden berichtet der Hann. Courier: Seit einiger Zeit gingen in Minden Gerüchte über größere Getreideschiebungen, mit denen unter anderem auch die Person des stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers Getreidehändler Rasche in Verbindung gebracht wurde. Als die Gerüchte auch in der Presse Aufnahme fanden, erstattete das Landratsamt amtlich, daß alle für den Kommunalverband Minden beschlagnahmten und ersetzten, somit kontrollierbaren Mengen Brotgetreide restlos ihrer Bestimmung zugeführt worden seien. Das Stadtverordneten-Kollegium gab sich mit der Erklärung des Bürgermeisters zufrieden, daß Rasche bis zur Klärung der Angelegenheit den Sitzungen fernbleiben werde. Am Donnerstag wurden nunmehr Rasche, der als Kommissar der Reichsgetreidestelle für den Kreis Minden tätig war, und der Leiter der Lebensmittel-Abteilung der Kriegsversorgung des Kreises, Kaufmann Rohde, wegen Verdachts von Getreideschiebungen in Verbindung mit Kriegswucher verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis in Bielefeld zugeführt. Die Angelegenheit erregt um so größeres Aufsehen, als Rasche sehr wohlhabend ist. Rohde war vor dem Kriege Holzgroßhändler in Dortmund; er wurde nach Minden eingezogen und dort vom Kreise für seine Tätigkeit in der Lebensmittelversorgung reklamiert.

Verhaftung von Beamten der österreichischen J. C. G. Die Polizei zu Wien hat infolge einer Anzeige, daß Angestellte der österreichischen Zentraleinkaufsgenossenschaft Dezeg preistreiberische Geschäfte machen, Erhebungen angestellt, die ergaben, daß der Beamte der Dezeg, der 27jährige Wilhelm Herbert, an einen Restaurateur in Gerstorf und dem Restaurateur Digias in der Singerstraße zu Wien 3400 bzw. 5000 Kilogramm Kartoffeln zum Preise von 2 Kronen und 1 Krone 80 Heller verkauft habe. Diese Kartoffeln hätten an die Angestellten der Dezeg zum Preise von 25 Heller gegen Abgabe der Kartoffelkarte abgegeben werden sollen. Die Verteilung und Berechnung oblag dem 40jährigen Beamten Georg Heuer. Beide Beamte wurden wegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180705-10/fragment/page=0002

Preistreiberei und unter dem Verdachte des Betruges dem Landgericht in Wien eingeliefert. Wie bisher festgestellt wurde, dürfte es sich mindestens um drei Waggons Kartoffeln handeln, die im Schleichhandel von den beiden Beamten, die sich in den Gewinn teilten, zu Wucherpreisen verkauft wurden.

Vermischtes.

50 Jahre Lotteriespiel. Sein fünfzigjähriges Jubiläum als Spieler der preußischen Klassenlotterie beging am 1. Juli d. J. ein Groß-Berliner Bürger. Aus diesem Anlaß schreibt der Betreffende folgendes: „Im Sommer 1868 begann ich zu spielen und spiele noch heute, ohne daß je eine Unterbrechung stattgefunden hat. Zuerst legte ich eine Mark für jede Klasse an, schließlich steigerte es sich auf zehn Mark. In den fünfzig Jahren betrugen die Lotterieausgaben 2654 M. und 68 Pf., die Lotterieeinnahmen 1802.98 M.; der Verlust beträgt also 851.76 M., das heißt im Jahresdurchschnitt 17.03 M. Gezogen wurden meine Nummern sechzigmal. Nämlich mit 3000 M. zweimal, 1000 M. einmal, 500 M. viermal, 300 M. sechsmal, 100 M. viermal. Mit dem Einsatz in der letzten Klasse kam ich neunundzwanzigmal und mit einem Fressos in den Zwischenklassen vierzehnmal heraus. Reich hat mich also das Spielen nicht gemacht, aber ebensowenig arm. Es war eine stets hoffnungsreiche Zeit."

Halle und Saalkreis.

Halle, 5. Juli 1918.

Das Oberversicherungsamt 1917.

Für den gesamten Regierungsbezirk Merseburg besteht ein Oberversicherungsamt mit dem Sitze in Merseburg. Es ist eine Verwaltungsbehörde und hat als solche die Versicherungsämter des Bezirks zu beaufsichtigen, die Satzungen der Krankenkassen zu genehmigen usw.; außerdem ist es eine Spruchbehörde zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Bereiche der Arbeiterversicherung.

In der Krankenversicherung entscheiden in erster Instanz die (unteren) Versicherungsämter, die für jeden Landkreis und für jede Stadt mit mehr als 10 000 Einwohnern bestehen müssen. Gegen die Entscheidungen der Versicherungsämter kann das Oberversicherungsamt als Berufungsstelle angegangen werden. In der Unfallversicherung kann das Oberversicherungsamt gegen die Endbescheide der Berufsgenossenschaft als erste Instanz dann angerufen werden, wenn der zunächst bei der Berufsgenossenschaft einzulegende Einspruch ohne befriedigenden Erfolg für den Verletzten oder seine Hinterbliebenen ist. Auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung kann gegen die Bescheide der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt direkt Berufung beim Oberversicherungsamt Merseburg eingelegt werden.

Das Oberversicherungsamt Merseburg hat sich geteilt in eine „Beschlußkammer", die die „Beschlußsachen" (das sind Verwaltungsfragen, Angelegenheiten der Versicherungspflicht usw.) erledigt, und in zwei „Spruchkammern", die die Streitsachen über Leistungsansprüche entscheiden. Der Vorsitzende des Oberversicherungsamts hat weitgehende Rechte dazu, einfache Sachen allein zu erledigen. Im übrigen (namentlich in Streitigkeiten über Unterstützungssachen) entscheidet das Amt in mündlicher Verhandlung unter Mitwirkung von zwei Unternehmer- und zwei Versicherten-Vertretern.

Nach seinem Geschäftsbericht auf das Jahr 1917 hatte das Amt 218 „Beschlußsachen" zu erledigen. Davon erledigte der Vorsitzende ohne Zuziehung von Beisitzern allein 160. In mündlicher Verhandlung wurden 27 entschieden, der Rest blieb unerledigt.

In Spruchsachen kamen zu 128 aus dem Vorjahr verbliebenen 642 im Jahre 1917 eingegangene. Davon wurden 589 erledigt, die übrigen in das Jahr 1918 übernommen. Durch Urteil wurden 411 Sachen erledigt, die übrigen endeten durch Vergleich, Zurücknahme usw. Die Spruchausschüsse hielten 20 Sitzungen ab.

Das Oberversicherungsamt Merseburg hat auch gleichzeitig Renten- und ähnliche Streitigkeiten von Versicherten mit der Eisenbahndirektion Halle, die eigene Versicherungskassen besitzt, zu erledigen. Im Jahre 1917 waren es 88 solcher Sachen, von denen 80 durch Urteil erledigt wurden, wozu besondere Sitzungen nötig waren. In solchen Sachen sind eigene Beisitzer aus den Kreisen der Eisenbahnangestellten anwesend.

Im allgemeinen ist die Tätigkeit des Oberversicherungsamts gegenüber der Friedenszeit etwas zurückgegangen, namentlich an Unfallrentenstreitsachen. Das beruht hauptsächlich auf der Abnahme der Zahl der Versicherten, der damit zusammenhängenden Verminderung der Zahl der Unfälle und auf sonstigen Gründen. Gewerkschaftlich organisierte Personen werden zu den mündlichen Verhandlungen vor dem Oberversicherungsamt persönlich vertreten durch das Bezirkskartell für den Regierungsbezirk Merseburg, das jetzt seinen Sitz in Halle, Harz 42/44, hat.

* **Krankheits-Epidemien auch in Halle?** Eine bürgerliche Zeitung brachte die Nachricht, daß die „spanische Grippe" auch in Halle auftrete. Wir haben uns sofort an verschiedenen Stellen erkundigt, namentlich bei den großen Krankenkassen, und festgestellt, daß wohl einige Fälle an Influenza feststellbar sind, daß aber von einem epidemischen Auftreten noch keine Rede sein kann. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die Krankenkassen in diesem Falle gerade wegen des leichten Charakters und der kurzen Dauer der „spanischen Grippe" sehr wenig in Anspruch genommen werden, so daß die Auskünfte der Krankenkassen kein erschöpfendes Bild der gesamten Lage geben. Wir wissen denn auch aus eigener Kenntnis, daß diese Influenza immerhin stark in Halle verbreitet ist, teilweise so, daß beispielsweise das Volkspark-Lazarett gesperrt wurde. Die bisher zu verzeichnenden Krankheitsfälle tragen ganz den Charakter der Influenza und sind nach einigen Tagen wieder behoben. Immerhin ist Vorsicht am Platze, namentlich wenn die Krankheit ernstere Wirkungen und Nachteile zeigt. Dagegen ist festzustellen, daß Hautkrankheiten, die der Bartflechte ähneln, verhältnismäßig häufig anzutreffen sind. Sie beginnen mit einem kleinen örtlich begrenzten Ausschlag im Gesicht, der sich immer weiter ausbreitet. Hier ist rasches Eingreifen sehr ratsam. Als Bekämpfungsmittel kommt hauptsächlich Auftragen von Jod in Betracht, vielleicht auch Einwirkung von Sonnenstrahlen durch ein Brennglas. Die Verbreitung der Krankheit geschieht zum Teil durch Barbiere.

* **Aenderung in der Kalischen Metallbeschlagnahme.** Durch die Nichtbeachtung der Beschlagnahme — Verfügung des Generalkommandos vom 26. März 1918 — über die Ablieferung von Einrichtungsgegenständen sieht sich der Magistrat veranlaßt, die Metall-Sammelstelle Turnhalle am Rossplatz vom 8. Juli an bis auf weiteres zu schließen und den von der vorbezeichneten Verfügung betroffenen Personen besondere Ablieferungstermine vorzuschreiben. Die bezüglichen Aufforderungen werden in Kürze durch die Brotmarkenausgabestellen zur Aushändigung gelangen. Wer noch Dachpappe oder Bitumenbürowaren abzuliefern hat, muß den Tag der Ablieferung vorher im Baupolizeibureau Rathausstraße 6, Zimmer 135, anzeigen. Platin ist nicht mehr in der Goldankaufsstelle, sondern ebenfalls in diesem Bureau abzuliefern. Vor der Ablieferung ist dieses Metall behufs Prüfung und Gewichtsfeststellung der Fa. Elsner, Leimsiedern Nr. 4, in den Nachmittagsstunden vorzulegen. Gleichzeitig weist der Magistrat darauf hin, daß die Gedenkmünzen für Platin nur unter Vorbehalt gezahlt werden können, und der Ablieferer verpflichtet ist, für die bei der Nachprüfung des Metalls durch die Kriegsmetall-Aktiengesellschaft festgestellten Differenzen aufzukommen, d. h. den eventuell zuviel erhaltenen Betrag zurück zu zahlen.

* **Für Obstbaumbesitzer.** Es sei wiederholt zur Kenntnis gebracht, daß der Gärtnereibesitzer Herr August Spindler, Gneisenaustraße 12, zum Obstbau-Sachverständigen für den Stadtkreis Halle bestellt worden ist. Die Obstbaumreine, Besitzer sowie Pächter von Obstplantagen und Gärten werden zugleich darauf aufmerksam gemacht, daß bei der von ihnen vorzunehmenden Reinigung der Obstbäume Herr Spindler über die Art und Weise der Erkennung und Vertilgung des schädlichen Ungeziefers, insbesondere auch der Blutlaus, Auskunft geben wird und den Beteiligten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen bereit ist.

* **Von der Armenverwaltung.** Der Magistrat weist wiederholt darauf hin, daß infolge zahlreicher Einberufungen von Bureaubeamten die Geschäftsräume der Armenverwaltung und der Kriegsunterstützungskommission auch fernerhin für den Publikumverkehr, von ganz dringenden Fällen abgesehen, nur in der Zeit von 10 bis 1 Uhr vormittags geöffnet sind.

* **Die Fürsorgestelle für Lungenkranke,** Saltzgrafenstraße 10, hat sich bekanntlich die Aufgabe gestellt, Lungenkranke unentgeltlich zu untersuchen und über die Maßnahmen aufzuklären, die zu ihrer Genesung und zur Bekämpfung der Tuberkulose im allgemeinen dienen können. Sie gibt den Kranken Verhaltungsmaßregeln und sucht die Angehörigen vor Ansteckung zu schützen, übernimmt aber nicht die ärztliche Behandlung des Kranken, sondern sucht ihre Ziele durch folgende Mittel zu erreichen: frühzeitige Ermittlung der Lungenkranken, ärztliche Untersuchung des Kranken und seiner Angehörigen, Aufklärung der Familien, Vermittlung eines Heilverfahrens für heilbare Lungenkranke und Fürsorge für bedrohte Angehörige, Beseitigung der gefährlichsten Ansteckungsherde (Trennung des Kranken, Entsendung der Wohnung und Kleidung), Unterstützung der Angehörigen solcher Lungenkranker, die sich in Heilstätten befinden. Die Sprechstunden finden täglich von 4 bis 5 Uhr nachmittags statt.

Deutscher Heeresbericht vom 4. Juli.

amtl. Großes Hauptquartier, 4. Juli 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Gefechtstätigkeit lebte am Abend in einzelnen Abschnitten auf. Seit heutigen Morgen starkes Feuer des Feindes beiderseits der Somme. Hier haben sich Infanterieangriffe entwickelt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Heftige Teilangriffe der Franzosen nördlich der Aisne. Oestlich von Moulin sous Touvent wurde der Feind im Gegenstoß in seiner vorderen Kampflinie abgewiesen. Im übrigen brachen seine Angriffe vor unseren Kampflinien zusammen. Erneute Vorstöße des Gegners westlich von Chateau-Thierry scheiterten.

Heeresgruppen Gallwitz und Herzog Albrecht.

Ein starker Vorstoß des Feindes auf dem östlichen Maas-Ufer wurde abgewiesen. Im Sundgau machten wir bei erfolgreicher Unternehmung Gefangene.

Leutnant Udet errang seinen 40., Leutnant Rumey seinen 29. und 30. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute Freitag „Die Rose von Stambul", Sonnabend „Der Troubadour", Sonntag nachmittag 3½ Uhr Volksvorstellung zu ganz kleinen Preisen „Herrschaftlicher Diener gesucht", Sonntag abend 7½ Uhr „Der Zigeunerbaron", Montag „Die Rose von Stambul".

Bunter Abend im Thaliatheater. Vielfachen Wünschen entsprechend wird am nächsten Sonntag, dem 7. Juli, abends 7½ Uhr im Thalia-Theater wieder ein Bunter Abend von Mitgliedern des Stadttheaters veranstaltet. Die Vortragsfolge des 1. Teils lautet: Romanze und Lied aus „Mignon" (Adolf Horlacher), Arie aus „Aida" (Meta Tauchy), Lieder von Richard Strauß (Karl Sträh), Lieder von Grieg, Hugo Wolf und Othegraven (Meta Tauchy), Ballade und Lied „Ach wie so trügerisch" aus „Rigoletto" (Adolf Horlacher). Den Schluß des 1. Teils bildet der Walzer „Frühlingsstimmen" von Johann Strauß, gesanzt von Amelie Peters, Olga Marlon, Tini Saß und Hede Jacob. Im 2. Teil gelangt unter der Spielleitung von Adalbert Kriwat das Lustspiel „Blau" von Max Bernstein zur Aufführung.

Das Brunnenfest in Bad Wittekind ist eine Veranstaltung, die für die Hallenser historisch geworden ist. Am Mittwoch galt es, die 72. Wiederkehr dieses Festes der jetzigen ersten Zeit entsprechend im bescheidenen Rahmen zu feiern. Leider machte der Himmel vom frühen Morgen an ein recht unfreundliches Gesicht, was zur Folge hatte, daß das Frühkonzert nur schwach besucht war. Da es aber auch mit wenigen Unterbrechungen den ganzen Tag über regnete, konnte das für den Abend geplante Festkonzert nicht im Freien stattfinden. Es wurde daher im Saale und des beschränkten Raumes wegen nur vom Stadttheater-Orchester allein (unter Leitung des Kapellmeisters Karl Röhren) ausgeführt. Die Vortragsfolge enthielt ausschließlich Werke erster Tonmeister, wie Lassen, Rubinstein, Brahms, Verdi, Meyerbeer, Dvorak, Liszt und Wagner. Sämtliche Darbietungen der Kapelle wurden von den erschienenen Zuhörern mit reichem Beifall belohnt.

Aus der Provinz.

Für das gleiche Wahlrecht.

Am 3. Juli hielt die Nationalliberale Partei der Provinz Sachsen unter dem Vorsitz des Herrn Bolckmar Bartels einen stark besuchten Vertretertag in Magdeburg ab. Die politische Aussprache beschäftigte sich in der Hauptsache mit der preußischen Wahlrechtsfrage. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

Der Vertretertag der Nationalliberalen Partei der Provinz Sachsen steht nach wie vor, gemäß den Beschlüssen des Zentralvorstandes und des Preußentages, auf dem Boden des gleichen Wahlrechtes. Der Vertretertag erachtet es für unerläßlich, daß die Partei in den kommenden Wahlkampf geschlossen eintritt. Er erklärt es daher für eine selbstverständliche Forderung, daß von unserer Provinzialorganisation nur solche Kandidaten der nationalliberalen Partei aufgestellt werden, die für das gleiche Wahlrecht eintreten entschlossen sind.

Ueber die politische Lage hielt Generalsekretär Dr. Hugo (Berlin) einen mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag. Neben den politischen Fragen wurden innere Parteiangelegenheiten behandelt.

Neue Schweinemastverträge.

Nachdem infolge der im letzten Herbst und Winter vorgenommenen Schweineschlachtungen sich der Schweinebestand auf 8,7 Millionen Tiere vermindert hat, soll jetzt die Schweinehaltung durch neue Verträge wieder gehoben werden. Es soll bezweckt werden, daß nicht zur Hausschlachtungsschweine, sondern auch Schweine zur Mast für das Heer und die Bevölkerung eingestellt werden. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes hat zu diesem Zweck die Bundesregierungen ermächtigt, durch die Landes- oder Provinzialfleischstellen Schweinehaltungsverträge abzuschließen mit der Maßgabe, daß für die abzuliefernden Schweine statt der geltenden Preise für Schlachtschweine ein höherer und einheitlicher Preis von 180 Mark für den Zentner Lebendgewicht gezahlt wird. Die solche Verträge abschließenden Schweinehalter haben sich nur zu verpflichten, die Schweine zur Verfügung der Landes- oder Provinzialfleischstellen zu stellen. Falls es im Herbst infolge einer schlechten Futtermittelernte nicht möglich sein sollte, den vertragschließenden Schweinehaltern Kraftfutter zur Mast der auf der Weide vorgemästeten Tiere zur Verfügung zu stellen, und infolgedessen die Schweine schon vor dem 30. November vorzeitig abgeruten werden müssen, wird den Schweinehaltern zur Entschädigung für den ihnen durch den Verzicht auf die Ausmast entgehenden Gewinn ein Zuschlag von 35 Mark für das Tier zugesichert.

— **Merseburg.** „Ueberschüssige" Kartoffeln abliefern. Das städtische Lebensmittelamt erläßt folgende Aufforderung: Im Interesse unserer örtlichen Massenspeisungseinrichtungen (Kriegsvolksküche, Mittelstandsküche, Kriegskinderküche, Abendsuppenküche) ist es dringend erwünscht, daß alle in den Haushaltungen lagernden überschüssigen Speisekartoffeln, die nicht mehr unbedingt zur Versorgung des Haushalts bis zum Ablauf des Versorgungszeitraums — das ist bis einschl. 2. August 1918 — gebraucht werden, an die Kriegsvolksküche, Eingang Seffnerstraße, vormittags von 9 bis 11 Uhr, nachmittags von 3 bis 5 Uhr, abgeliefert werden. Die Volksküche zahlt für das Pfund gut ausgelesene Speisekartoffeln (abgelehnt, in einwandfreier Beschaffenheit) sofort bei der Abgabe den festgesetzten Preis von 8½ Pfennig. Wir bitten die gesamte Einwohnerschaft, von dieser Einrichtung, die den auf die Massenspeisung Angewiesenen das Durchhalten nach Kräften erleichtern soll, in möglichst recht weitgehender Weise Gebrauch zu machen.

Weißenfels. Lebensmittelverteilung im Stadtkreise. Es kommen zur Verteilung: 100 Gramm Grieß auf Marke 152, ¼ Pfd. Kaffee-Ersatz auf Marke 153 nach der neuen Kundenliste, ¼ Pfd. Auslandsmarmelade auf Marke 154. Die Verkaufszeit ist auf Sonnabend, den 6., bis Freitag, den 12. Juli, festgesetzt.

— Lebensmittelverteilung im Landkreise. Auf rote Lebensmittel-Zusatzmarke Nummer 49 werden verteilt: 125 Gramm Teigwaren, 250 Gramm Kaffee-Ersatz oder 250 Gramm Morgentrank. Die Lebensmittel gehen den Magistraten und Amtsvorstehern zu, sie sind unverzüglich an die Verteilungsstellen und Kaufleute weiterzuleiten.

— Neue Seifenkarten. Die Ausgabe der ab 1. August laufenden Seifenkarten findet gelegentlich der nächsten Brotmarkenausgabe statt. Zum Empfang berechtigt die vorzulegende Kartoffelkarte.

— Die Ausgabe der neuen Kohlenkarten an die hiesigen Haushaltungen erfolgt in der Zeit vom 8. bis 16. Juli, vormittags von 8 bis 12 Uhr, und nachmittags von 3—5 Uhr im alten Seminar (Stadthaus) in nachstehender Reihenfolge:

Montag, den 8. und Dienstag, den 9. Juli,	Buchstaben A—E
Mittwoch, den 10. u. Donnerstag, d. 11. Juli,	Buchstaben F—K
Freitag, den 12. Juli	Buchstaben L—Q
Sonnabend, den 13. u. Montag, den 15. Juli,	Buchstaben R—S Sch St
Dienstag, den 16. Juli,	Buchstaben T—Z.

Als Ausweis ist der Brotschein vorzulegen. Bei Empfang der Kohlenkarten sind die z. Zt. der Anmeldung vorhandenen Kohlenbestände nach Zentnern und die im Haushalt aufgestellten Oefen anzugeben. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß an Kinder unter 12 Jahren Kohlenkarten nicht ausgehändigt werden. Der Magistrat behält sich vor, vom 15. Juli ab die Richtigkeit der Bestandsangaben prüfen zu lassen. Die Hauptkohlenkarte ist auch nach Abtrennung der einzelnen Abschnitte aufzubewahren zwecks Erlangung später etwa noch auszugebender Zusatzkarten. Haushaltungen, die einen Bestand von 40 Zentnern und mehr Feuerungsmaterial haben, haben keinen Anspruch auf die neue Kohlenkarte. Sparsamster Verbrauch des Brennmaterials wird auch für die kommende Heizperiode allen Verbrauchern zur Pflicht gemacht.

Naumburg. Zur schleunigen Abgabe von Kleidungsstücken fordert der Magistrat nochmals durch folgende Bekanntmachung auf: Für die Abgabe getragener Männeranzüge wird nur noch bis zum 6. Juli ein Aufschlag von 10 Prozent gewährt. Nur die Abgabe bis zu diesem Tage befreit von der Verpflichtung zur Einreichung eines Bestandsverzeichnisses. Nach dem 6. Juli werden Personen, von denen anzunehmen ist, daß sie über entbehrliche Oberkleider und Stoffe verfügen, die zur Anfertigung von Oberkleidern geeignet sind, zur Abgabe eines Verzeichnisses über ihren Bestand an Oberkleidern und zu deren Anfertigung geeigneten Stoffen gefordert werden. Die Richtigkeit der Bestandsverzeichnisse wird an Ort und Stelle nachgeprüft werden. Entbehrliche Oberkleidung muß enteignet werden. Als entbehrlich müssen dabei Bestände über die Bestandsliste (1 Werktags- und 1 Sonntagsanzug) hinaus angesehen werden. Die Aufforderung zur Einreichung eines Bestandsverzeichnisses wird an alle Personen ergehen, die vermutlich im Besitze größerer Kleiderbestände sind. Auf jeden Fall wird sie aber allen nach einem Einkommen von 3000 Mark und mehr Veranlagten zugehen. Wir fordern deshalb noch einmal dringend dazu auf, freiwillig zu der Sammlung beizutragen und dadurch Zwangsmaßregeln entbehrlich zu machen.

An unsere werten Abonnenten!

Durch technische Zwischenfälle verursacht, konnten wir die letzte Nummer der Volksstimme gestern nachmittag nicht mehr in die Hände der Leser gelangen lassen. ✦ Wir bedauern das und ersuchen, die Nummern bei der heutigen Bestellung entgegennehmen zu wollen. Verlag der Volksstimme.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Kartoffeln. Da das Regenwetter das Roden der Frühkartoffeln nicht gestattet hat, kann am Sonnabend kein Verkauf von Kartoffeln stattfinden.

Graupengrütze. Von Sonnabend an auf Marke 201 des Warenbezugsscheins 16 jede Person ¼ Pfund zum Preise von 36 Pf. für das ganze Pfund.

Talg und Eier. Sonnabend vormittags 8—1 Uhr: Nr. 12001 bis 14000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person 55 Gramm Talg und ein Ei.

Magers oder Buttermilch. Sonnabend von nachmittag 4 Uhr an auf Abschnitt 9 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse bei den Milchhändlern Scharfe, Rudolph-Haymitz. 35 und Kraneis, Diesdauer Straße 6, sowie in der Verkaufsstellen der Niemberger Molkerei, Beesenerstraße 1 und Lindenstraße 52. Jede Person ⅛ Liter auf die neuen Lebensmittelscheine Nr. 20001—28000.

Gerstenmehl. Sonnabend vormittags von 8—1 Uhr: Nr. 46001 bis 56000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person auf Abschnitt G der besonderen Warenbezugskarte für Kinder bis zu 12 Jahren ⅛ Pfund.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180705-10/fragment/page=0003

Handel und Wandel.

76] Von F. W. Hackländer.

Auch das traurige Ereignis mit dem Prinzipal und seinem Buchhalter, den Wahnsinn des ersteren und seinen Tod hatte man sich klug zunutze gemacht, und, indem man es als Strafe des Höchsten bezeichnete, auf diese Weise das Herz der Madame Stieglitz erschüttert.

Sie hatte in frühester Jugend den ihr bestimmten Verhobten, ihren späteren Gemahl, herzlich und aufopfernd geliebt, sie hatte sein Unglück tief bedauert und ihn sorgsam gepflegt, wie es einer braven Gattin zukommt. Unter einer rauhen Hülle schlug bei ihr ein liebendes Herz; ihr Ehestand war aber nicht glücklich gewesen, sie hatte keine Kinder und hätte doch so gerne solche kleine, innig verwandte Wesen gepflegt und aufgezogen! Das alles fühlte sie jetzt doppelt; ihr Herz war traurig und bewegt, und diesem traurigen und bewegten Herzen, das täglich und stündlich durch tausend Kleinigkeiten an den unglücklichen Gefährten ihres Lebens bitter und schmerzvoll erinnert wurde, riß man die letzte Stütze weg, das Bewußtsein, daß sie recht und brav gehandelt, und goß ihr nichts dafür, als süßliches, trübes Schlammwasser widriger Heuchelei und beschmutzte damit die Erinnerung an ein vergangenes tadelloses Leben.

Was mich nun anbetraf, so mußte die Prinzipalin vielfache Klagen darüber hören, daß ich nicht gewußt sei, den Weg des wahren Heils zu wandeln; aber obgleich der Buchhalter alles tat, mich in ihrer Gunst herabzudrücken, so gelang ihm dies doch nur halb. Wenn auch die gute Frau meinen inneren Menschen als verloren beklagte, so wollte sie doch dafür ihren äußeren nichts abgehen lassen und hatte mich, noch ehe meine Lehrzeit vorüber war, in den Genuß eines Salärs gesetzt, wie es sonst nur ältere Kommis zu haben pflegen.

Unserer Ladenjungfer dagegen war es schlimmer ergangen; nach jener Unterredung auf der Treppe, die sie mit dem Buchhalter hatte, stieg sie, wie schon bemerkt, auffallend in der Gnade desselben, wandelte auch so fest und sicher den Weg des Heils, daß sie, wie ich aus guter Quelle erfuhr, begnadigt wurde, den Betversammlungen beizuwohnen. Doch war diese Freude nicht von langer Dauer, bald kamen wieder neue Händel zwischen ihr und Herrn Specht vor, die oftmals des Abends so heftig wurden, daß ich in meinem Schlafzimmer das Weinen und Jammern der armen Person deutlich hörte; auch wurde sie kränklich, ihr unfreundliches, aber blühendes Gesicht verblaßte, und eines Morgens hatte sie das Haus verlassen, ohne von mir Abschied zu nehmen. Das tat mir eigentlich weh, denn ich hatte sie immer freundlich und aufmerksam behandelt; doch sah ich sie zufälligerweise wenige Tage nachher, wo ich sie gar nicht erwartet: sie kam aus dem Hause des Doktors, als ich hineinging, und hatte trübe, verweinte Augen. „Leben Sie wohl," sagte sie schluchzend zu mir, „und denken Sie zuweilen an mich, der Doktor oben weiß um alles." Damit reichte sie mir die Hand und ich habe sie nicht mehr gesehen. Als ich darauf in das Studier- und Empfangszimmer meines Freundes kam, siegelte er gerade ein Papier in ein Kuvert und warf es in eine Schublade; auf meine Frage nach der Ladenjungfer sagte er mir: „Ich kann Ihnen, verehrtester Fabrikant, weiter nichts sagen, als daß das Mädchen das Stieglitzsche Haus verlassen mußte; das Warum," setzte er bedeutungsvoll hinzu, „wird offenbar, nicht wenn die Toten auferstehen, aber wenn einmal das Gericht, das auf keinen Fall ausbleibt, seinen Anfang nimmt."

36.

Emma.

So war nun eines Morgens der Verkäuferin für das Haus meines Vetters, des verstorbenen Professors, angesetzt, und ich tat mir absichtlich die Qual an, für einen Augenblick hinzugehen. Rohes Volk füllte den Garten, die Gänge, Treppen und Zimmer, und die kostbarsten und schönsten Gerätschaften der verarmten Familie wurden schonungslos umhergerissen und von dem Haufen unter schlechten Witzen und gemeinen Bemerkungen taxiert und, um sie wohlfeiler zu erhalten, in den Augen aller heruntergesetzt. Es half dem armen Joko nichts, daß er ungähligmal: „Filou" schrie oder „Mort de ma vie —" er wurde als ein Individuum, welches der Masse durch tägliches Fressen Kosten verursachte, zuerst versteigert. Es war eine Geschichte, wie sie jeder schon erlebt oder mit angesehen hat: die Gegenstände wurden ausgeboten, es hieß, „zum ersten-, zum zweiten- und zum drittenmal," dann klappte der Hammer, der Gegenstimmer wurde aufgeschrieben und etwas Neues vorgenommen.

Die gute Emma wußte natürlich nicht, was in diesen Tagen vor sich ging, man verheimlichte es ihr, um ihrem Schmerz nicht neue Nahrung zu geben. Im übrigen lebte sie bei dem Doktor aufs allerangenehmste, doch hielt sie mit demselben häufige Konferenzen und hat ihn dringend, eingedenk des Wortes ihrer Mutter, für sie bemüht zu sein und eine Stelle aufzufinden, die ihr erlaube, für sich selbst sorgen zu können. Der Doktor schob diese Entwürfe auf die lange Bank, wie er zu sagen pflegte, und wollte nichts davon wissen, daß das liebe Mädchen sein Haus verlasse. „Bleiben Sie bei meiner Frau," pflegte er zu sagen; „Sie sind hier gut aufgehoben, wir wollen Sie beide nicht verlassen, wozu auch? Ja, wenn sich einmal etwas außerordentlich Annehmbares findet, so spricht man weiter davon; aber vorderhand bitte ich Euch, hochedles Burgfräulein," diesen Beinamen hatte er ihr gegeben, „nicht weiter daran zu denken."

Aber Emma dachte wohl daran. Obgleich sie die Frau des Doktors innig liebte, obgleich sie unter andern Verhältnissen vielleicht jahrelang zum Besuch geblieben wäre, so schien ihr doch jetzt jeder Tag, an dem sie versäumte, sich nach einer dauernden, einträglichen Beschäftigung umzusehen, ein Unrecht, das sie nicht nur an sich, sondern auch an ihrer Mutter begehe, welcher eine sorgenfreie Existenz für das Alter zu verschaffen ihr glühendster und süßester Wunsch war.

Eines Tages nahm mich Emma beiseite, sprach mir von ihrem Plan und der Notwendigkeit, denselben bald ins Werk zu setzen und forderte mich auf, ihr Beistand zu leisten. Doch hatte mir der Doktor für diesen Fall schon seine Winke gegeben, weshalb ich die Achseln zuckte und versicherte, es sei gewiß äußerst schwierig, ihr eine Stelle zu verschaffen, sie möge sich beruhigen, es habe gar keine Eile, und was dergleichen Redensarten mehr waren. „Warum willst du nicht," sagte ich, „bei der Doktorin bleiben? Sie hat dich so gerne."

„Warum?" entgegnete das Mädchen, „warum? Weil ich nicht von der Gnade andrer Leute leben will, selbst wenn diese Leute meine besten Freunde sind; warum bist du nicht auf der Mühle geblieben?" fragte sie mich ernst, „gewiß hätte man dich auch dort gerne ein paar Jahre behalten."

(Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 6. Juli 1918 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 7 Uhr Nr. 4701—4790,	um 10 Uhr Nr. 4971—5060,
„ 8 „ „ 4791—4880,	„ 11 „ „ 5061—5150.
„ 9 „ „ 4881—4970,	

Halle, den 4. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Betr. Kohlenbestellung.

Sämtliche Händler und Kohlenbezugsvereinigungen werden aufgefordert, die Bestellungen (Bezugsscheine des Reichskommissars) für den Monat August

spätestens bis zum 10. d. M.

in einer Gesamtaufstellung einzureichen.

Halle, den 3. Juli 1918. **Die Ortskohlenstelle.**

Bekanntmachung.

Die Inhaber von Gastwirtschaften werden aufgefordert, die auf ihren Betrieb entfallenden **Zuckermarken** und **Bezugsscheine** für Süßstoff, und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben

A—G am Freitag, dem 5. Juli,
H—N am Sonnabend, dem 6. Juli,
O—S am Dienstag, dem 9. Juli, und
T—Z am Mittwoch, dem 10. Juli,

vormittags 8 bis 12½ Uhr, im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 2. Obergeschoß, Zimmer 9, abzuholen.

Ein Ausweis ist mitzubringen.

Halle, am 4. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung in Verbindung mit den §§ 4 und 9, Ziffer b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 verordne ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

1.

Den Empfängern von Warenladungen bei den Eisenbahnen wird verboten, zur Entladung bestimmte Wagen über die Entladefrist hinaus stehen zu lassen, nachdem sie eine Aufforderung der Bahnbehörde zur Entladung erhalten haben.

Die Empfänger haben Sorge zu tragen, daß Benachrichtigungen über den Eingang für sie bestimmter Wagenladungen auch an Sonn- und Feiertagen zu ihrer Kenntnis gelangen.

Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorhandensein mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

2.

In allen Fällen werden die Eisenbahndienststellen ermächtigt, Zwangsentladung und Zwangsaufführung der Güter auf Kosten des Empfängers eintreten zu lassen, sowie dieser nicht rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen zur fristgemäßen Entladung trifft und die Entladung ununterbrochen bis zum Ablauf der Entladefrist zu Ende führt. Diese Ermächtigung gilt unbeschadet der Verpflichtung der Eisenbahn bei der Zwangsentladung und Zwangsaufführung, die behufs Vermeidung von Beschädigungen und Verlust des Gutes erforderliche Sorgfalt zu beobachten.

3.

Diese Bekanntmachung tritt am 8. Juli 1918 in Kraft; die Bekanntmachung betreffend Entladung von Warenladungen bei den Eisenbahnen vom 1. 2. 1917 wird gleichzeitig aufgehoben.

Magdeburg, den 29. Juni 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Sontag,
Generalleutnant. [1382

Ordentlichen Mann sucht als [1331
Bierfahrer
Freybergs Brauerei, Halle a. S.

Buchhandlung der Volksstimme
Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . . . 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer . . . . . 15 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen . . . . . à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg Bearbeitet von Eduard Bernstein

Reichhaltige Roman-Bibliothek der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:
Modenzeitung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode Hausschneiderei/Sonntagszeitung/Deutsche Modenzeitung

Heimatfronttheater des IV. Armeekorps.
Thalia-Theater.
Sonnabend, den 6. Juli 1918, abends 8 Uhr
Musikalische Hauskomödien des Theaterkulturverbandes.
Vortragsfolge:
1. **Das Teebrett.** Ein Idyll mit einem Zwischenfall. Musik von Joseph Haydn.
2. **Das alte Lied.** Die Geschichte eines Notenfundes. Musik von W. A. Mozart.
3. **Onkel Tobias oder die Brennschere.** Musik von Joseph Weigt.
4. **Zurück zur Natur.** Ein Sennhüttenschwank. Musik von Wenzel Müller.

Karten zu M. 1.80, 1.50, 1.— und 60 Pf. in der Hofmusikalienhandlung von W. Hothan, Gr. Ulrichstraße. [1333

Wittekind altberühmtes Solbad in anmutiger, geschützter Lage im Nord. von Halle S. Sol-, Kohlensäure- u. mit echter Schniederberger Eisenmoorerde zubereitete Moorbäder. Solquelle mit kräftiger Radioaktivität. Elektr. Lichtbäder. Kurpark in Verbindung mit dem romantisch gelegenen Zoologischen Garten auf dem Reilsberge. In nächster Nähe: Bürgerpark, Burgruine Giebichenstein mit altem Park, Klaus- und Galgenberg. Nachtigalleninsel und Bergschenke. Wohnungen im Kurhause und in den Villen des Bades. Aerztliche Behandlung übernehmen alle medizinischen Professoren und Aerzte Halles. Medizin. Leitung des Bades: Geh. San.-Rat Dr. Mekus. Das Bad ist Eigentum der Stadt Halle a. S. und wird von dieser selbst verwaltet. Der reichillustrierte Prospekt wird Interessenten auf Wunsch kostenfrei zugesandt. Fernruf: Direktion, Halle a. S. Nr. 6844. Badeanstalt: Fernruf Nr. 2675 (für Bestellung der Bäder). [1050

Empfehle:
Gummisohlen
für Schuhmacher u. Händler.
Selten günstiges Angebot!
Absätze von 40 Pf. an.
Gummihaus, Große Ulrichstraße 35.

Fahrräder
Nähmaschinen 30 M.
Großes Lager
gebr. Möbel:
Sofas, Bettfedern, kompl. Bettstellen, Vertikows 75 M., Kommoden und Kleiderschränke von 60 M. verkauft
R. Sachse
Hohenmölsen, Lützner Str. 7.

Brennholz
Eichenreisig und Knüppel, den Zentner 3.90 Mark, in Fuhren und einzeln verkauft
Arthur Lindner,
1275] Tholuskstr. 9.
Fernsprecher 4920.

Stadt-Theater
Sonnabend, 6. Juli
Anfang 7,30 Uhr. Ende 10,30 Uhr
Der Troubadour.
Oper von Verdi.
Sonntag nachmittag: Herrschaftlicher Diener gesucht, abends: Zigeunerbaron.

Dauernd Parteikrieg oder Wiedervereinigung.
Erwägungen und Anregungen zur Krise in der deutschen Sozialdemokratie.
Von R. Drescher.
Preis 20 Pfennig.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Dauerhafte
Rucksäcke
sehr preiswert. [1296
C. F. Ritter
Leipziger Str. 90.

Alte, abgespielte auch 1046] zerbrochene
Grammophon - Platten
kauft zu festgesetzten Preisen ohne Gegenkauf
Gustav Uhlig
Ihren u. Musikwerke, untere Leipziger Str.
Sonntag geöffnet von 10 bis 1,30 Uhr vorm. und mittags von 11,30 bis 1,30 Uhr.

Schuhe und Stiefel
werden besohlt und repariert [1900
Burgstraße 48, p. r.

Der
Wahre Jacob
Nr. 2
Preis 15 Pfennig
Buchhandlung Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

In Freien Stunden
Wochenschrift voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 15 Pf.
Buchhdlg. Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191807O5-10/fragment/page=0004